

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Schwere Zusammenstöße in Sorau.

12 Tote, zahlreiche Verwundete.

Aus Sorau (Baußh) erhalten wir folgenden Bericht:
Die Lebensmittelnot hat in der Textilstadt Sorau (Baußh) zu Vorgängen geführt, welche in noch nie dagewesenem Umfang mit Blut ausgetragen worden sind. Seit Wochen wird in den hiesigen Industrien mit allzu stark verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. Von den Führern der Gewerkschaften sind sowohl die Behörden wie die Fabrikleiter auf das eindringlichste ersucht worden, unbedingt Abhilfe zu schaffen.

Bei dem geringen Wochenlohn der Arbeiter, welcher in vielen Fällen nur 9-15 Millionen pro Woche betrug, war es der verzweifeltsten und an Unterernährung krankenden Bevölkerung nicht mehr möglich, die von den Geschäftsleuten geforderten hohen Preise für Lebensmittel zu bezahlen.

Die verzweifelte Stimmung der Bevölkerung wurde von Woche zu Woche schlimmer, weil von der Großindustrie den Geschäftsleuten Goldmarktpreise diktiert wurden, die bei den Papiermarktlöhnen nicht bezahlt werden können.

Am Freitag-Wochenmarkt wurden infolge hoher Gemüsepreise die ersten Anzeichen der Erregung laut. Diese Erregung griff bald weiter um sich und es wurde versucht, in den verschiedenen Feitwarengeschäften und Fleischerläden Ware zu billigerem Preise zu erhalten. Eine riesige Menschenmenge hatte sich vor und in den einzelnen Geschäften eingefunden, doch ging alles in verhältnismäßiger Ruhe ab. Unter Weisung der städtischen Polizeibehörde wurde in den einzelnen Läden der Preis für Margarine, Fleisch usw. festgesetzt. Meist in einer Preistage, die der bedürftigen Bevölkerung angemessen erschien. Auf diese Weise wurden in mehreren Geschäften einige Hundert Pfund Margarine und einige Zentner Fleisch verkauft.

Es ist sogar in der bürgerlichen Presse festgestellt worden, daß dieses Vorgehen der hungrigen Bevölkerung die hiesige Polizeibehörde zu irgendeinem Eingreifen nicht veranlaßte.

Trotzdem haben der Bürgermeister Seeliger und der Landrat von Schoenfeldt noch in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend telefonisch auswärtige Schutzpolizei herbeigerufen, und zwar die Hundertschaft aus Kottbus.

Beim Erwachen sah die Sorauer Einwohnerschaft am Sonnabend morgen ein ungewöhnliches Bild: Vor dem Rathaus waren zwei Autos mit Schupomannschaften vorgeschoben und diese Lasten trug zur wachsenden Erregung der Bevölkerung das meiste bei. Selbstverständlich hatte das Erscheinen der Schupo eine Menge Reugierige nach dem Marktplatz und den nächsten Straßen gelockt.

Der Vorstand des Sorauer Gewerkschaftsartikels stellte bei dem Bürgermeister den Antrag, um weiteres Unheil zu verhüten, die Schupo zurückzuziehen und den Vertretern der Arbeiterschaft die Möglichkeit zu geben, den Schutz der Stadt selbst zu übernehmen. Schließlich wurde sogar nur gefordert, die Schupo für eine halbe oder ganze Stunde zurückzuziehen, um den Arbeitervertretern die Möglichkeit zu geben, beruhigend auf die erregte Menge einzuwirken. Dieses wurde vom Bürgermeister glatt abgelehnt.

Nach einer nachmittags 2 Uhr stattgefundenen Versammlung, in der nochmals zur Ruhe und Vernunft gemahnt worden war, hatte sich eine größere Menschenmenge auf dem Markt versammelt.

Während noch der Vorstand des Gewerkschaftsartikels auf dem Wege zum Bürgermeister war, trachten schon die ersten Salven.

Freilich haben keine Händelein einzelner die Schupo belästigt. Das Vorgehen gegen wehrlose Menschen ohne jede Warnung, denn die Hintenstehenden konnten die Warnung des Offiziers nicht hören, hat jedoch ungeheure Erbitterung hervorgerufen. Ein Ausweichen der großen Volksmenge war in der Situation beim besten Willen nicht möglich; sie mußte angsterfüllt vor den Gewehrläufen stehenbleiben. Schon die Liste der Opfer beweist, daß gänzlich Unbeteiligte, die harmlos zum Einkauf den Markt betreten hatten, ohne daß dieser von der Polizei abgesperrt war, mit dem Tode dafür büßen mußten. Die bis jetzt festgestellte Liste der Toten ist folgende:

1. Schmidt, Otto, Grubenschmied, Wolfsdorf, Kr. Sagan.
2. Altmann, August, Weber, Seifersdorf.
3. Ihse, Erich, Bahnarbeiter, Seifersdorf.
4. Reimann, Paul, Lokomotivführer a. D., Sorau, Niederstraße.
5. Herrmann, Lumpenhändler, Seifersdorf.
6. Schneider, Reinhold, Sorau, Gubener Straße.
7. Frau Härtelt (näheres unbekannt).
8. Höhne, Gustav, Glasmacher, Kunzendorf.
9. Bonneberger, Pauline, ledig, Sorau, Thielgasse 20.
10. König, Hans, Sorau, Triebfischer Str. 8 (9 Jahre alt).
11. Ein unbekannter, nicht identifizierter Mann.

Außerdem sind im Krankenhaus mehrere Schwerverwundete verstorben, so daß sich die Zahl der Toten leider noch vermehren wird. Von den Schwerverwundeten, die durch Querschläger mit den schwersten Verwundungen betroffen sind, waren noch 16 im Städtischen Krankenhaus untergebracht. Mehrere werden sich noch in Privatpflege befinden, die Verletzten wurden von einem Arzt auf ungefähr 30 geschätzt.

Die Erregung der Bevölkerung ist nach diesen blutigen Vorgängen eine grenzenlose; die durch die Straßen patrouillierenden Schupoleute, bewaffnet mit Maschinenpistolen, Handgranaten und Karabinern, steigern sie immer aufs neue. Dem wiederholten Ersuchen um Zurückziehung wird nicht stattgegeben, obwohl jedem Kenner der Sorauer Verhältnisse und der Sorauer Arbeiterbevölkerung ganz klar war, daß das Erscheinen der Schupo hier zu einer Katastrophe führen mußte.

Welch ungeheure Verantwortung der 1. Bürgermeister mit seinen Worten: „Ich werde für das Geschehene die Verantwortung tragen!“ auf sich genommen hat, zeigt die große Zahl der Todesopfer. Es bleibt auf dem Band und dem 1. Bürgermeister der Vorwurf haften, daß sie es waren, die die Schupo herbeibrachten. Es hätten den Behörden im Orte 14 Polizeibeamte und circa 20 Landjäger des Kreises zur Verfügung gestanden, welche die Bevölkerung besser kennen. Wären nur diese zur Hilfe herbeigerufen worden, ein derartiges Blutbad wäre in unserem sonst so friedlichen Sorau nicht möglich gewesen.

20 Millionen Goldrubel für die Ermordung eines Mitgliedes der russischen Mission. Tschischerin behauptet, Dokumente in Händen zu haben, welche die Mitschuld der bulgarischen Regierung in dieser Vordangelegenheit beweisen.

Japans Wiederaufbau.

Tokio, 16. September. (Havas.) Die zum Wiederaufbau von Tokio und Jolohama erforderliche Summe wird auf annähernd 10 Milliarden Yen geschätzt. Sämtliche Banken Japans haben sich zur Bildung eines Syndikats zusammengeschlossen, das die Regierung beim Wiederaufbau unterstützen soll. Das Syndikat wird sich das über die zur Verfügung stehenden Kapitalien hinaus erforderliche Geld durch eine auswärtige und innere Anleihe beschaffen. Die japanischen Banken und Versicherungsgesellschaften und das Publikum haben bis jetzt 50 Millionen Yen zu dem Hilfsfonds zusammengebracht.

Dollarsprünge wie bisher.

Heutiger Kurs 140 bis 145 Millionen.

Poincarés Sonntagsrede, die in Form und Inhalt keine veröhnliche Stimmung erkennen läßt, sowie auch die in den letzten Tagen bekanntgewordenen Äußerungen verschiedener Minister des Reiches und der Länder lassen die Schwierigkeiten der außen- und innenpolitischen Lage erneut scharf hervortreten. Infolgedessen machte bei Wochenbeginn die Devisenhausse weitere starke Fortschritte. In der ersten Börsensunde handelte man englische Pfunde mit 650 Millionen und den Dollar mit 140-145 Millionen. Von einer Privatbank wurden vermutlich im Auftrage einer Regierungsstelle Abgaben in englischen Pfunden vorgenommen. Bezeichnend für den allgemeinen Pessimismus ist die Tatsache, daß die Kurse der Dollarschahanweisungen und der Goldanleihe immer stärker hinter dem Dollarkurs zurückbleiben.

Die Geldmarktlage hat sich durch die Diskonterhöhung der Reichsbank, die ja noch immer weit hinter den Sätzen des freien Geldverkehrs zurückbleibt, nicht wesentlich verändert. Für tägliches Geld werden 2-3 Proz. gezahlt. Die Nachfrage ist ziemlich stark. Die Kurssteigerungen waren an den einzelnen Effektenmärkten wieder recht bedeutend.

Die deutschen Elendslöhne.

Der Reallohn im August 1923.

Vom Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird uns geschrieben:

Das sturzartige Sinken der Mark im August hat zur Folge gehabt, daß die Löhne und Gehälter auch bei automatischer Anpassung an den Reichsindex der Lebenshaltungskosten von Woche zu Woche hinter der Teuerung zurückblieben. Trotz dieses unerträglich gewordenen Sinkens des Reallohnes bringt es die kapitalistische Presse fertig, von einem Uberschreiten der Friedenslöhne zu reden. Und nun kommen sogar Mitglieder der Reichsregierung, um diese Behauptung zu wiederholen.

In der gemeinsamen Sitzung des Wirtschaftspolitischen und des Außenhandelskontrollausschusses des Reichswirtschaftsrates vom 31. August erklärte der Reichswirtschaftsminister von Raumer u. a.: „Gemessen etwa am 29. August haben sich die Löhne seit Ende Juni drei- bis viermal schneller gesteigert als die Markentwertung.“ Diese merkwürdige Behauptung ist irreführend, weil sie in keiner Weise die gleichzeitige Steigerung der Reichsindexziffer für die Kosten der Lebenshaltung berücksichtigt.

Ein Beispiel zur Probe auf ihre Stichhaltigkeit: Im Juni dieses Jahres betrug der Steigerungsfaktor der Durchschnittslöhne für verheiratete Hauer und Schleppler im Ruhrgebiet 7640. Die Rezhziffer des Dollars war dieser Steigerung bereits um das fast Vierfache vorangeeilt; sie stand auf 26202. Der Lebenshaltungsindex hielt sich noch auf 7650. Für den Durchschnittslohn vom 2. bis 5. August betrug der Steigerungsfaktor 111735; die Rezhziffer des Dollars 262350; der Lebenshaltungsindex am 6. August war 149531. Seit Mitte August hat sich der bisher nicht unerhebliche Unterschied zwischen der Rezhziffer des Dollars und der Reichsindexziffer ausgeglichen; die Reichsindexziffer überholte sogar die Rezhziffer in der dritten und vierten Augustwoche; beide standen über dem Steigerungsfaktor der Hauerdurchschnittslöhne. In der Woche vom 20. bis 26. August betrug der Steigerungsfaktor der Hauerdurchschnittslöhne 938348; in der Woche vom 27. August bis 2. September 1333333. Gleichzeitig stieg die Rezhziffer des Dollars auf 1180562 bzw. 1943763, die Reichsindexziffer auf 1183431 bzw. 1845261.

Die Arbeiterlöhne mußten der Markentwertung angepasst werden, weil die Lebenshaltungskosten parallel mit dem Dollar von Woche zu Woche, von Tag zu Tag stiegen, und sogar die Tendenz zeigten, schneller zu steigen, als die Mark fiel. Es ist nun daraus der überreife Schluß gezogen worden, daß die heutigen Löhne der Arbeiter die Friedenslöhne überschreiten. Sogar in die Rede des Reichskanzlers vom 12. September hat sich diese Behauptung verirrt. Diese Behauptung ist falsch und in der Erklärung des ADGB, die der „Vorwärts“ in seiner Sonntagsnummer veröffentlicht hat, bereits widerlegt worden.

Die in dieser Erklärung nachgewiesene viel raschere Steigerung der Lebensmittelpreise trifft auch auf die anderen Bedarfsartikel zu. Im Juli 1914 konnte sich ein Maurer mit dem Lohn von 1,1 Arbeitsstunden einen Zentner Brotkaufen. Am 6. August mußte er 7,5, am 13. August 14,8, am 20. August 4,3, am 27. August 2,4, am 3. September 3,1 Stunden arbeiten. Um das gleiche Quantum zu kaufen, arbeitete ein Tischler im Frieden 1,4, am 6. August 5,1, am 13. August 10,7, am 20. August 3,7, am 27. August 4,8 am 3. September 4,4 Arbeitsstunden.

Geradezu grotesk aber wird das Verhältnis von Löhnen und Kleinhandelspreisen, wenn wir uns der Konfektionsbranche zuwenden.

Einen einfachen Mahanzug im Friedenswert von 50 M. konnte sich ein Berliner Metallarbeiter mit dem Lohn von 71,4 Arbeitsstunden kaufen. Am 6. August waren dafür erforderlich 172,4, am 13. August 109,2, am 20. August 116,7, am 27. August 138,9, am 3. September 476,2 Stunden. Ein Tischler war noch ungünstiger gestellt. Im Juli 1914 genügten 71,4 Arbeitsstunden; dagegen waren am 6. August 224,3, am 13. August 213,1, am 20. August 134,4, am 27. August 205,8, am 3. September 529,8 Stunden notwendig. Die Metallarbeiter standen sich in dieser Hinsicht also nahezu siebenmal, die Tischler sieben bis achtmal schlechter als im Frieden. Ein Paar Stiefel im Friedenswert von 10,50 M. verdiente sich ein Schneider 1914 in 15 Arbeitsstunden, am 6. August waren 284,6, am 13. August 125, am 20. August 60,5, am 27. August 58,1, am 3. September 125 Stunden Arbeit zu leisten. Es war also eine achtfache Entwertung der Kaufkraft eingetreten.

Aus den zuletzt angeführten Zahlen ist leicht zu ersehen, daß der Vergleich zwischen den heutigen Löhnen mit den Friedenslöhnen die verminderte Kaufkraft der heutigen Löhne noch schlagender erweisen würde, wenn außer dem Bedarf an Lebensmitteln auch noch der Bedarf an Kleidung in Rechnung gestellt würde.

Die von Woche zu Woche und innerhalb jeder Woche von Tag zu Tag fortschreitende Markentwertung, der Uebergang zur Preisberechnung in Goldmark, der sich unaufhaltsam vollzieht und im Grunde schon überall durchgeführt ist, bringt den Arbeiter, wenn er in der Verbrauchswoche mit dem in der Vorwoche verdienten Lohn sein Leben fristen soll, in eine geradezu verzweifelte Lage. Was kann ein Wagenführer der elektrischen Bahn, der am 14. September 31 Millionen Mark ausgezahlt bekommt, mit dieser Summe anfangen, wenn der

Hundertschaften und Hirtenschaften.

Plauen (Bogtl.), 7. September. (Eigener Drahtbericht.) Die von dem Hirtentage in Hof zurückkehrenden teilweise bewaffneten Plauer Reaktionäre wollten gestern Abend im Triumphzug durch Plauen ziehen. Als sie von einem Teil der proletarischen Abwehrorganisation aufgefordert wurden, den Zug aufzulassen, gaben sie das Signal zum Angriff. Schüsse fielen aus den Reihen der Hirtenteile und Stockhiebe regneten auf den Selbstschutz nieder. Trotz einiger blutiger Verluste (Schuß- und Hiebverletzungen) ging die Abwehrorganisation schreiend vor und trieb die Hakenkreuzler auf den Vorplatz des Bahnhofs zurück. Mit Hilfe von Landespolizei wurde eine Durchsichtung nach Waffen vorgenommen und der allmähliche Abzug der Hirtenteile bewerkstelligt. Auch die Fahrgäste der später von Hof kommenden Züge wurden kontrolliert. Das ging ziemlich ruhig vonstatten.

Bayern und das Reich.

Auf der Luitenhäuser Logung der bayerischen Bauernvereine hielt Sonntag Ministerpräsident v. Knilling eine Rede, in der er den „Baterländischen“ recht zu Gefallen sprach, sie aber doch zur Gesehlichkeit mahnte. Deutlich drohte Knilling mit der Postrennung Bayerns für den Fall einer Linksablenkung im Reich, nachdem er schon zu Beginn die bayerischen Bedenken gegen den sozialistischen Einschlag in der Reichsregierung verkündet hatte.

Zu dem LU-Bericht über die Münchener Kundgebung, die wir im letzten Sonnabendblatt abgedruckt und besprochen haben, teilt uns das Reichswehrministerium mit, daß nach dienstlicher Meldung des Wehrkreiscommandos VII (München) Delegierte der Reichswehr an jener Kundgebung nicht teilgenommen haben.

Russische Forderungen an Bulgarien.

Rigo, 16. September. (EP.) Die russische Regierung gibt offiziell bekannt, daß Tschischerin in einer Note an die bulgarische Regierung die Auslieferung des Generalsabs der ehemaligen Russischen Armee, die Schließung der russischen Militärschule in Bulgarien und ein Verbot der Bildung militärischer Organisationen auf bulgarischem Gebiet verlangt, da deren Tätigkeit gegen Sowjetrußland gerichtet sei, endlich eine Entschädigungssumme von

Dollar mit 100 Millionen und mehr notiert wird? Und wie sieht es mit den vielen Kurzarbeitern?

Die Behauptung, daß die heutigen Löhne die Friedenslöhne überschreiten, steht zu den Tatsachen im schreienden Widerspruch. Ein Abbau der Löhne hätte zur Folge, daß die gefährlichste Gesundheit und Arbeitskraft der Arbeiter aufs Spiel gesetzt und die Lebenskraft der heranwachsenden Jugend unersetzlich schädigung preisgegeben würde. Die soziale Mindestforderung bei der Bemessung des Lohnes ist, daß die Arbeiter leben können, ohne von dem einzigen Kapital, das sie haben, zuzusehen: ihrer Arbeitskraft und der Gesundheit ihrer Frauen und Kinder. Sie sind ein kostbarer Kapital als die Sachwerte, gegen deren Erfassung die Besitzenden sich in jahrelangem Kampf gestraubt haben. Und dieses Kapital zu erhalten, ist die Pflicht der Gewerkschaften, nicht nur gegenüber der Arbeiterschaft, sondern auch gegenüber der Nation.

Die neuen Beamtenbezüge.

SPD. Am Sonnabend fanden im Reichsfinanzministerium Verhandlungen zur Neuordnung der Beamtengehälter statt. Das Ergebnis ist folgendes:

Der Teuerungszuschlag wird von 38 840 Proz. ab 16. September auf 109 900 Proz. erhöht, der Frauenzuschlag von 20 Millionen auf 110 Millionen. Die übrigen Sonderzuschläge erfahren folgende Erhöhung: von 300 Proz. auf 2000 Proz., 1367 Proz. auf 7000 Proz., 2336 Proz. auf 11 000 Proz., 3210 Proz. auf 17 000 Proz., 4085 Prozent auf 21 000 Proz., 5082 Proz. auf 26 000 Proz., 6086 Proz. auf 31 000 Proz., 7016 Proz. auf 36 000 Proz., 7482 Proz. auf 40 000 Proz., 9930 Proz. auf 75 000 Proz., 11 488 Proz. auf 105 000 Proz.

Die den Beamten der besetzten Gebiete bisher gewährte Sonderzulage von 10 Proz. der Gesamtbezüge (Grundgehalt, Ortszuschlag, Kinderzuschlag, Teuerungszuschlag, örtliche Sonderzulage) erhöht sich auf 15 Proz. Die Befahrungszulage beträgt ab 16. September 80 Millionen Mark, die Befahrungstributzulage 16 Millionen Mark.

Dementsprechend erhalten die Beamten folgende am 19. September zu zahlende Bezüge: ein Viertel von 161 060 Proz. Teuerungszuschlag, ein Viertel von 80 Millionen Frauenzuschlag, ein Viertel von der Differenz zwischen dem bisherigen und neuen örtlichen Sonderzuschlag. Die Angestellten erhalten am 19. September das 175fache der Grundeinheit ausgezahlt. — Der örtliche Sonderzuschlag für Hamburg ist mit Rücksicht auf die besonderen Teuerungsverhältnisse auf 51 Proz. festgesetzt worden.

Die Anpassung der Bezüge an die Haushaltskosten erfolgt künftig nicht mehr halbmonatlich, sondern sowohl für die Beamten wie Angestellten und Arbeiter wöchentlich. Die nächste Versammlung findet am Donnerstag, den 20. September, statt.

Poincarés Sonntagsreden.

Paris, 17. September. (W.F.) Bei der Enthüllung eines Kriegerdenkmals in Dun-sur-Meuse sprach Ministerpräsident Poincaré. Er sprach von den beiden Frankreichs und Belgiens. Keiner der vorausgegangenen Kriege hat auch nur annähernd eine Vorstellung von dem geben können, was eine feindliche Besetzung bedeutet. Bei der Unterzeichnung des Friedens haben sich alle Mächte gegenseitig das Versprechen gegeben — und das besiegte Deutschland hat es bestritten —, daß die begangenen Verbrechen nicht ungestraft bleiben, und daß alle Schäden repariert werden würden. Auch die Pensionen für die Kämpfer und deren Familien, und die ungenügenden Löhne für die aufgewandte Arbeit. Weil die Deutschen ihre Verpflichtung verweigert haben, und wir sie nun daran erinnern, freilassen und verdammen uns gewisse Leute. Warum, so fragen sie, geben wir unsere ungezügelmäßen Reklamationen nicht auf, warum halten wir uns so genau an die Verträge? Warum wollen wir unsere Forderungen nicht von Nationen realisieren lassen, die nicht am Kriege teilgenommen haben? Wenn wir keine Kommission annehmen, die Deutschland von der Zahlung seiner Schulden befreit, dann bezeichnet man uns als herrschsüchtig und unverschämlich; alles, was Deutschland unternahm, um sich seinen Verpflichtungen zu entziehen, soll vergessen werden. Diese kleine Ungerechtigkeit verletzt die Franzosen, die sich einbildeten haben, sie würden um ihrer selbst willen geliebt, und die sich nun enttäuscht fühlen. Es wäre ein ebenso großer Irrtum, wenn wir uns einbilden wollten,

daß unsere Freunde und nicht wir selbst die Verteidigung unserer Interessen durchzuführen haben, wie es unrecht wäre, zu beschließen, daß wir, indem wir unser Recht wahren, irgend jemand schädigen könnten. Unsere Rechte sind in Verträgen niedergelegt, die unsere Alliierten unterzeichnet haben. Es würde keine Sicherheit mehr in den Beziehungen der Völker geben, wenn abgeschlossene Verträge verweigert würden. Weber einer neutralen Kommission noch internationalen Sachverständigen, noch einer internationalen Friedenskommission, auch nicht einmal dem Völkerbund, dessen Aufgaben groß sind, hat der Vertrag von Versailles die Aufgabe zuteilt, die Höhe der deutschen Schuld festzusetzen oder die Bedingungen zu bestimmen, unter denen sie bezahlt werden soll, sondern einer besonderen Kommission, die Reparationskommission heißt, und deren Befugnisse Deutschland ausdrücklich anerkannt hat. Wenn man daran denkt, sie belächeln zu können, so geschieht dies, weil man glaubt, daß sie neuen Konzessionen wenig geneigt ist. Aber diese neuen Konzessionen würden den übernommenen Verpflichtungen zu widersprechen, und daß sie Anlaß genug, daß wir uns dazu nicht hergeben. Wir haben Pfänder in der Hand, die wir behalten werden, bis wir Befriedigung erzielt haben.

In Brüssel-sur-Meuse sagte Poincaré, wenn die Vermittlungen, deren sich Deutschland schuldig gemacht hat oder die Alliierten selbst haben vornehmen müssen, um den Einbringling zu verhindern, diejenigen nichts oder fast nichts kosten würden, die die moralische Verantwortung dafür tragen, so würden früher oder später die jungen Deutschen der alten Schule glauben, daß sie um diesen Preis den Versuch von neuem unternehmen könnten. Wenn andererseits das Deutsche Reich seine Militärkraft reorganisieren und sich wieder bewaffnen könnte, würde es eines Tages versuchen, das Instrument, das es sich geschmiegt hat, wieder zu benutzen. Wir müssen also den Beitrag unserer Reparationen fordern und auch über die Aufrechterhaltung unserer Sicherheit wachen. In beiden Fragen werden wir

den Sperrling in der Hand nicht um der Laube auf dem Dache willen aufgeben.

Deutschland hat seit mehreren Monaten die Tätigkeit der internationalen Kontrollkommission lahmgelegt. Deutschland, das heute in Ruhe Kanonen, Flugzeuge und Munition, sei es bei sich oder in anderen Ländern herzustellen kann, Deutschland, das in einigen Jahren bewaffnet und zur Revanche bereit wieder vor uns erschönen kann, Deutschland, das den Versuch macht, in der Welt unsere tapferen und treuen schwarzen Truppen zu diskreditieren, weil es nicht will, daß wir eine Nation von 100 Millionen Menschen sind, und weil es sich schmeichelt, uns rasch durch die Zahl zu beherrschen — dieses Deutschland gibt uns heute Zusicherungen in Worten, die es für verwerflich hält, und in Versprechungen, von denen es Wunder erwartet. Gewisse Publizisten und Politiker (Globe George! Red.) fragen, warum könnten die rheinischen Verhältnisse sich nicht vereinigen, um sich für eine bestimmte Zeitperiode dem status quo zu garantieren? Würde dieses Abkommen der Welt nicht für eine gewisse Zeit die Ruhe zum Atem geben? Mit der Schaffung des Völkerbundes ist der Grundstein aufgestellt, daß alle Nationen, die daran teilnehmen, sich gegenseitig verpflichten, ihre Gebiete zu respektieren. An dem Tage, an dem Deutschland endlich die Verpflichtungen, die es unterschrieben hat, erfüllt haben wird, steht es ihm frei, seine Zustimmung zum Völkerbund zu verlangen, und wenn es sein Willkür ist, werden Frankreich und Deutschland sich gegenseitig durch die Zugehörigkeit gegen einen Angriff sichern. Ein Sonderpakt für die Rheingrenze würde die große Ungezogenheit schaffen, den allgemeinen Pakt zu schwächen, denn wenn er sich nicht auf die Grenzen der Tschechoslowakei und Polens bezieht, würde man Deutschland im Osten oder im Süden mehr Freiheit lassen als im Westen. Es versteht sich von selbst, daß

Deutschland, sobald es wieder militärischen Heißhunger bekommt, keinen Angriff weit vom Rhein ab beginnen, und sich gegen uns wenden wird, wenn wir unsere Alliierten schützen wollen. Ein Garantiepakt, welches auch seine Unterzeichner sein mögen, kann für uns keinerlei praktischen Wert haben, wenn es im Falle eines Angriffs keine rasche und wirkungsvolle militärische Sicherheit garantiert. Vor dem Kriege hat uns Großbritannien keinerlei militärische Mitarbeit versprochen. Trotzdem hatte der Generalstab Großbritanniens mit unseren Generalstäben Abkommen getroffen, die im Falle einer dringlichen Intervention ein Zusammenwirken gestatten sollten. An dem Tage, an dem England Partei für Belgien und Frankreich ergreift, haben wir auf Grund dieser Konventionen gewußt, wo und in welchem Maße es sofort handeln werde. Wir waren trotzdem gezwungen, lange Monate auf französische Boden und mit französischen Soldaten die schwerste Last des Krieges zu tragen. Garantiepakte, die nicht auf technischen Abkommen analog den früheren beruhen, würden uns im Augenblick

der Gefahr allein oder fast allein lassen. Diese Garantiepakte würden, wenn sie unterzeichnet sind, überall als Friedenssymbole bezeichnet werden, und man würde sich beeilen, uns zu erklären, daß wir nichts zu befürchten hätten, abzurufen, und wir würden, wenn die Stunde gekommen ist, von einem zahlenmäßig überlegenen, besser vorbereiteten und besser ausgerüsteten Feind überfallen werden. Nein, ich danke! Im übrigen wird uns dieses Angebot im allgemeinen nur mit dem konträren Hinzufügen gemacht. Wenn ihr durch einen harten Unterdruck gequält seid, so werdet ihr doch wohl bereit sein, das linke Rheinufer zu räumen, bevor die durch den Friedensvertrag festgesetzten Fristen abgelaufen sind. So gebet man uns mit dem Trugbild einer illusorischen Garantie um eine positive Garantie zu bringen. Sämtliche Regierungen Frankreichs seit 1919 haben erklärt, daß die Belegungsstrafen für das linke Rheinufer nicht zu lausen begonnen hätten, da Deutschland keine von den Vertragsbestimmungen angeführt hat. Man trachtet nicht desto weniger danach, sie abzulösen. Wenn das gelang, wären wir gezwungen, vor Ablauf der vertragmäßigen Fristen unsere Soldaten aus dem Gebiet zurückzuführen, wo sie Woche hatten, um den Weltfrieden zu verteidigen, und der deutsche Militarismus wäre insbesonders, in aller Ruhe neue Bestüge und Erberungskriege vorzubereiten. Das ist ein Ziel, zu dem wir uns nicht hergeben werden. Poincaré verleiht, daß Frankreich die durch den Friedensvertrag ihm gewährten Sicherheiten festhalten werde. Da sie nicht ewig seien, und da diejenigen, die Frankreich 1919 versprochen wurden, ihm nicht gegeben worden wären, werde es zu genehmer Zeit gern mit seinen Alliierten sich bemühen, für die Zukunft andere ausfindig zu machen. Aber weder in dieser noch in der Reparationsfrage werde es sich mit einem bloßen Schein begnügen.

Aussprache mit Baldwin.

Paris, 17. September. (W.F.) Die Morgenblätter bestätigen, daß Baldwin am Dienstagabend hier ankommen und am Mittwochmorgen eine Unterredung mit Poincaré haben wird.

Reine baldige Lösung.

Der belgische Ministerpräsident Theunis sagte einem Vertreter der „Independence Belge“, die Schwierigkeiten zwischen dem belgischen Standpunkt und der These des deutschen Kabinetts infolge dieser Schwierigkeiten nicht rasch gelöst und aus dem Wege geräumt werden. Theunis stellte sich, ohne ein definitives Urteil auszusprechen zu wollen, auf den Standpunkt, daß der Augenblick zur Emission einer internationalen Anleihe nicht günstig ist.

Die beiden Reden des französischen Ministerpräsidenten am gestrigen Sonntag erschienen uns vor allem bemerkenswert durch das, was sie nicht enthalten: sie äußern sich nämlich nicht zu den Vorschlägen, die Stresemann in mehreren Reden der letzten Zeit zur Lösung des Ruhrkonflikts gemacht hat. Insofern sind sie geeignet, eine gefährliche Enttäuschung hervorzurufen. Der einzige positive Gedanke, den man aus dieser Rede indirekt herauslesen könnte, wäre, daß es Aufgabe der Reparationskommission sei, auf deren Zuständigkeit Poincaré so nachdrücklich hingewiesen hat, die Stresemannschen Vorschläge zu prüfen. Besonders ist Professor Haugenin, der mit einigen skizzierten Plänen der deutschen Regierung nach Paris gefahren ist, der Vertreter der Reparationskommission in Berlin. Auch soll nach den neuesten Pariser Nachrichten Barthou als der Vorsitzende der Kommission eine solche Prüfung beauftragt haben. Aber auch dann, wenn das die Absicht der Reden Poincarés war, so ist sie in auffallend negativer Form gefaßt.

Ebenso erstaunlich wie dieses Stillschweigen gegenüber dieses Dringlichkeitsproblem der Gegenwart ist seine Redseligkeit bezüglich einer Frage, die bei weitem nicht so aktuell ist: das Sicherheitsproblem ist nämlich von Poincaré zum Gegenstand einer Polemik gegen den von der Regierung Cuvier im Dezember 1922 vorgeschlagenen Garantiepakt gemacht worden. Ohne auf den Inhalt dieser Polemik einzugehen, möchten wir die Frage aufwerfen, was eine solche Auseinandersetzung mit längst begrabenen Vorschlägen einer gestützten Regierung für einen Zweck hat.

Schärfster Protest muß aber sofort erhoben werden gegen Poincarés erneute Behauptung, daß die Räumungs-

„Hier Regierung, wer dort?“

Von Tebeteja.

Ich hatte in einem Reichamt zu tun. Eine sehr bringende Sache und nicht mal ohne Reiz; mich machte sie leidlich schmerzen.

Nachdem ich in fünf Zimmern vergeblich einige Stunden geklopft hatte, kam ich endlich zum richtigen höheren Beamten. Ich mußte zwar im Wohnzimmer wieder warten, und das nicht zu knapp, aber nun war ich schon zufrieden.

Sein Sekretär melde mich an, und ich hatte gleich darauf das Glück, ihn selbst zu sprechen.

Er schien mich für eine recht unangenehme Unterbrechung zu halten. Mit seinen wasserblauen Augen, hinter Wimpern wie blonde Sommer, sah er mich an wie ein Polonaisenengel, der keine Blick ausdruckslos himmelwärts richtet.

Dann durfte ich reden. „Mein der Vortrag macht der Redners Blick“, zitierte ich heimlich. Ich zog alle Register, um den Blonden zu rühren. Er fragte mich nichts, unterbrach mich nie, sagte nicht ja und nicht nein. Auf einmal war er sanft eingeschlossen.

„Donnerwetter, Donnerwetter, was machen?“

„Was machen? Das würde die Regierung meiner Sache ungünstig stimmen? Warten, bis er ausgeschlafen hat? Dicke Leute haben einen guten Schlummer. Dazu reicht meine Zeit nicht.“

„Donnerwetter, Donnerwetter“, wiederholte ich.

Beide schloß ich mich hinaus zu seinem Kamulus.

„Verzeihung, aber der Herr ist eingeschlossen.“

„So? Das passiert öfter. Wissen Sie was, gehen Sie langsam wieder hinein und reden Sie ruhig weiter. Ich klingel gleich am Telefon, dann wachst er auf. Lassen Sie sich aber nichts merken.“

Also wieder rein ins Bergnügen. Er schloß so schön, daß es mir leid tat, ihn zu wecken.

Ich rede weiter, wie der dienstbare Geist mir gesagt hatte. Auf einmal ging's rrrrräh, rrrrräh, das Telefon.

„Hier Regierung, wer dort?“

Mit diesen Worten nimmt der Polonaisenengel den Köffel von der Gabel, sieht mich höchst neugierig an, spricht ein paar Worte, hängt ein und sagt zu mir:

„Natürlich muß da etwas geschehen. Wie war gleich das Letzte? Durch das verfluchte Klingeln bin ich ganz aus dem Teufel gekommen.“ So ein Schächer. . .

Ich wiederhole feierlich den Inhalt meiner Rede, aber in weniger als zwei Minuten war er wieder von meiner Gegenwart abberufen. Ich machte eine kleine Pause, dann ging ich wieder hinaus, und ein geistreuer Colard zog noch einmal die Sturmklappe.

Aber dann hing er wirklich an zu regieren.

„Ich bin im Bilde. Es handelt sich doch um das und das?“

Er hatte wirklich halbwegs begriffen, ich erreichte meinen Zweck schneller, als ich gedacht hatte.

Seit jenem Morgen habe ich vor den Leuten in den Vorzimmern allerhand Respekt.

Und wenn ich das Telefon Klingeln höre, denke ich immer an die Regierung. Ob sich das der brave Reis 1831 hat träumen lassen, daß mit seiner Erfindung so umgegangen wird?

Neue Schriften der verschiedenen Schulreformer.

In dem Leipziger Verlag von Ernst Oldenburg gibt Paul Decker eine neue Schriftenreihe unter dem Titel „Entscheidung Schulreform“ heraus. In Heft 1 behandelt Siegfried Kawerau

„Die Geschichte des Bundes entschiedener Schulreformer.“ (Grundzahl 1 M.) Die Organisation hat sich, besonders dank des unermüdbaren Wirkens ihres Vorsitzenden aus kleinen Anfängen zu einer achtunggebietenden Macht entwickelt, mit der künftig jeder Unterrichtsminister zu rechnen hat, und wird bereits in der Geschichte der Pädagogik eine Rolle spielen.

Der Sonneberger Industriedirektor Karl Staudinger plaudert von „Kind und Spielzeug.“ (Grundzahl 1,20 Mark.) Die Broschüre ist besonders den Eltern empfohlen, deren Kinder noch nicht die Schule besuchen.

In dem Heft „Von Sinn und Widersinn der Reifeprüfung“ (Grundzahl 1,50 M.) läßt Wolf Grimm über dies in der letzten Zeit so häufig behandelte Thema Lehrer, Direktoren und Schulaufsichtsbeamte zu Worte kommen, aber auch andere als Pädagogen. Am meisten Beachtung verdient der Vordruck, die Reifeprüfung bereits ein Jahr vor der Erwerbung der Universitätsreife abzuhalten, damit in dem letzten Schuljahre ohne Rücksicht auf den Prüfungsdirektor der Unterricht freier gestaltet werden kann.

Die Schrift „Eltern- und Kleinkinder-Hygiene“ (Grundzahl 0,60 M.) enthält hygienische Betrachtungen des Arztes Dr. Max Hobann. Was nützen die schönsten schulreformerischen Vorschläge, wenn die Schüler krank sind? Welche Tragik liegt nicht in der Tatsache, daß in Berlin von 455 000 Schülern 29 000 tuberkulös, 120 000 unterernährt, 77 000 kränklich sind, also fast die Hälfte nicht gesund ist.

Ein besonderes Interesse bietet Erich Schneiders Schrift „Erziehung als Erzieher“ (Grundzahl 1 M.). In den pädagogischen Ansichten des großen schwedischen Dichters finden sich manche Gedankenansätze der Schulreformer: die Forderung der gemeinschaftlichen Erziehung der Geschlechter; die Ablehnung des gedächtnismäßig eingepreßten Wissens (z. B. der Erlernung der Regierungsorgane verhafter Könige und der Zahl der Staubbeutel von Pflanzen sowie der Gelenke an den Hinterbeinen von Insekten); der Widerspruch zwischen den Lehren der vier Fakultäten (die Ergebnisse der Theologie sind z. B. unvereinbar mit denen der Medizin und der Philosophie).

Dr. Erich Witte.

Schließung russischer Hochschulen. Die erst unter der Sowjetregierung gegründete Universität in Samara an der Wolga ist wegen fehlender jeglicher Unterrichtsmittel geschlossen worden. Dieses Schicksal hat im Laufe dieses Jahres auch mehrere andere Hochschulen Sowjetrusslands und zwar aus dem gleichen Grunde betroffen.

Eine religiöse Bewegung unter den Indianern.

Amerika ist immer noch der beste Boden für neue und seltsame Sektierereien; eine der wunderlichsten dieser Bewegungen hat die Oklahom-Indianer erlebt, der sogenannte Penotismus. Er hat seinen Namen von einem Ranchgehirn, dem Penot, das aus einer in den Südweststaaten vorkommenden Kaktusart gewonnen und schon seit längerem von den Wüchlingen der amerikanischen Grenze zur Herstellung einer schimmigen Whisky-Sorte verwendet wird. Nach dem Genuß dieses Kaktus-Extrakts verliert der Konsument in einem Zustand starker religiöser Erregung. Der Wahnsinn des Penotismus ist ein gewisser John Kane, ein indianischer Landgut- und Landstreicher und Opfer des Penote-Gemisches. Die wunderbaren Visionen, die ihm unter dem Einfluß dieses Rauschmittels zuteil wurden, deutete er mit den Worten der Offenbarung Johannes, des beliebtesten Quellenschriftstellers aller Sektierer. Er tat sich mit einem Bibelforscher zusammen, der in das Ganze ein gewisses puritanisches Element brachte, vor allem die öffentliche Beichte. Diese Beichten werden nächstherweise abgehalten. Unter ständigem Rausch des Penote-Kaktus hören die Gläubigen bis etwa zur Witternachtsstunde Predigten und Gebete an mit der Folge, daß sie in einen Zustand starker Erregung versetzt werden und dann einander öffentlich ihre Sünden bekennen. Sie schütteln sich die Hände und bitten sich gegenseitig um Verzeihung.

Der Tisch in Olyprehen. In Amerika hat man jetzt ein Schußgesetz für den Tisch erlassen, um dieses Tier vor dem Aussterben zu schützen. Bei uns ist man schon früher dazu übergegangen, die Elche, die es noch in Olyprehen gibt, vor der Vernichtung zu bewahren. Seit dem Jahre 1921 besteht ein völliges Verbot der Jagd, das zunächst für 3 Jahre erlassen ist. Wie im „St. Hubertus“ mitteilt, sind die Stollen jetzt sehr erheblich verhärtet und für Anzeigen von Heberretungen hohe Beschlagnahmen ausgeföhrt worden. Das Verbot ist für die Hebung des Elchwildbestandes von bestem Erfolg gewesen, und es ist zu hoffen, daß das Verbot, das im nächsten Jahr abläuft, verlängert wird, denn nur auf diese Weise kann die Erhaltung des Elches für die Dauer verbürgt werden.

Der Kampf mit dem Herzmenschen. Der Geschäftsausschuß des Deutschen Herzmenschenbundes lagte in seiner am 15. September abgehaltenen Tagung nach einem Votum von Dr. Mahmann-Berlin eine Entschließung, in der er namens der heutigen Kreisstadt die Behörden unterhält, die vom Reichsrat gegen die im Reichsgesetzliche Festlegung des 4. des Gesetzes, die Vorkursbildung zuläßt, geltend gemacht sind. Es sei nicht anzunehmen, antwortete Krankheiten, wie die Geschlechtskrankheiten, Leishmanien zu überlassen.

Zur Leistung der 10 Konzerte der Staatskapelle, die am 15. Oktober beginnen, sind von auswärtigen Dirigenten Bruno Walter (für 3 Konzerte in der ersten Hälfte der Spielzeit) und Fritz Busch-Dresden (für 3 Konzerte in der zweiten Hälfte) gewonnen worden. Zwei Konzerte werden unter Leitung Erich Webers stattfinden.

Frau Welti-Gerzog. Die bekannte Bühnenkünstlerin und Konzertsängerin, die dem Holsteiner in München und der Oper in Berlin angehört, ist in Karlsruhe (Schweiz) gestorben. Seit zehn Jahren war sie als Direktorin an der Musikschule in Basel tätig.

Der Bund entschiedener Schulreformer hält Dienstag, den 18. Sept., 7½ Uhr, im Werner-Siemens-Realschulhaus die achtundzwanzigste Versammlung ab.

fristen für das Rheinland noch nicht zu laufen begonnen hätten, weil Deutschland keine einzige seiner Verfallenen Verpflichtungen erfüllt hätte. Diese Behauptung steht mit vielen amtlichen Erklärungen der Entente selbst in grellem Widerspruch. Die Weigerung, die Räumungsfristen des Versailler Friedens anzuerkennen — das ist die schwerste Gefährdung des europäischen Friedens und der ruhigen inneren Entwicklung Deutschlands. Man muß manchmal tatsächlich den Eindruck gewinnen, als ob Poincaré durch solche Redemethoden einen Ausbruch der Verzweiflung in Deutschland hervorrufen möchte, und als ob ihm an der Nationalsozialisierung Deutschlands viel mehr gelegen wäre, als an der Beendigung des Ruhrkonflikts durch eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage.

Poincaré verweist selbst darauf, daß die Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund die beste friedliche Garantie der Sicherheit Frankreichs wäre; er macht die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund von der Erfüllung der deutschen Verpflichtungen abhängig. Diese Erfüllung will ja die Regierung Stresemann durch ihre Pläne und Vorschläge ermöglichen. Wenn Frankreich wirklich nicht herrschen und zerstören, sondern sich verständig und Europa vorwärts bringen will, dann ist ihm die Möglichkeit dazu sehr geboten. Zu dieser Frage schreibt das Pariser „Le Temps“, offenbar beeinflusst, die französische Regierung kenne die Absichten der deutschen Regierung nur aus der letzten Reichstagsrede. Die Unterhaltungen zwischen dem französischen Botschafter und dem deutschen Reichskanzler bedeuteten sicher eine Entspannung, aber sie hätten noch nicht zu einem positiven Ergebnis geführt. Das Blatt glaubt zu wissen, daß diese Unterhaltungen seit einiger Zeit unterbrochen seien oder sich auf die Behandlung laufender Geschäfte beschränkten. Für den Augenblick scheint es, als ob die deutsche Regierung den endgültigen Bericht auf den positiven Widerstand nur unter der Bedingung ins Auge fassen könne oder wolle, daß sie vorher die Versicherung erhalte, daß das Ruhrgebiet mehr oder weniger rasch geräumt werde. Es versteht sich von selbst, daß eine derartige Auffassung in Paris für völlig unzulänglich gehalten werde. Die französische Regierung glaube, daß diese Auffassung weder der wirklichen Lage in Deutschland noch dem Standpunkt der französischen Regierung entspreche, der ja durch die wiederholten Erklärungen der Weisungsmächte bekannt sei.

Zu dem Angebot Stresemanns, Reichshypothek auf das Privateigentum, auf Grund der Zinszahlung international garantierter Anleihe, aus dieser Zahlungen an Frankreich, schreibt der Pariser „Le Temps“ u. a.:

Der deutsche Fiskus muß in der Lage sein, die augenblicklichen Steuern einzuziehen. Stresemann hat aber am Mittwoch erklärt, er werde einer Forderung der bayerischen Regierung und einer Forderung des deutschen Exporthandels nachgeben. Wenn Stresemann schon dahin gelangt ist, daß er die Belastung seiner Steuerzahler erleichtert und selbst seine Kontrollbefugnisse einschränkt, wie wird er dann dahin gelangen können, allen Industriellen, allen Grundbesitzern, allen Handels- und Bankhäusern, kurzum allen Besitzern „walen“ Reichsamt die Best einer Hypothek aufzuerlegen, die für die Zahlung der Reparationen bestimmt ist, und außerdem noch die Unannehmlichkeit einer Kontrolle, die durchaus unerträglich wäre, um den Betrag der Hypothek festzusetzen sowie um die Zahlung der Zinsen zu sichern?

In diesen Zuständen wie in mangelnder Klarheit über die zu erwartenden Zahlungen sieht der „Le Temps“ die Unzulänglichkeit der deutschen Vorschläge, die Poincaré veranlaßt habe, die ausschließliche Zuständigkeit der Reparationskommission zu betonen. Aber Stresemann hat diese Zuständigkeit gar nicht erörtert und selbst der „Le Temps“ muß ja nicht unbedingt den ganzen Inhalt jener deutschen Vorschlagsentwürfe kennen, die nach Paris übermittelt worden sind.

Polen nochmals verurteilt.

Vom Weltgerichtshof in der Winderheitenfrage.

Haag, 17. September. (WIS.) Der ständige internationale Gerichtshof in Haag hat am 15. September gutachtlich über die Zustellung des Artikels 4 des Winderheitenvertrags vom 24. Juni 1919 entschieden, daß der Völkerbund für diese Frage zuständig ist und daß Artikel 4 denjenigen Personen Anspruch auf die polnische Staatsangehörigkeit gibt, die zur Zeit der Geburt des Kindes in den an Polen abgetretenen Gebieten ihren Wohnsitz hatten. — Damit hat sich der Gerichtshof auf den von der deutschen Regierung bei den Verhandlungen in Haag vertretenen Standpunkt gestellt. Der polnische Prozeß, die diesen Personen die Staatsangehörigkeit abzuziehen, um sie als deutsche Reichsangehörige behandeln, auszuweisen oder ihr Eigentum liquidieren zu können, wird hoffentlich nunmehr durch den Völkerbund endgültig ein Ende gemacht werden.

Amerikanische Faschistenbehandlung.

New York, 17. September. (Gca.) In Oklahoma ist der Selbsterhaltungszustand verhängt worden, um die Geheimgesellschaft Ku-Klux-Klan auflösen zu können. 3000 Mann Miliz sind mobilisiert worden, um den regulären Truppen bei der Unterdrückung des Geheimbundes zu helfen. Die Gerichte untersuchen die Umtriebe der Geheimgesellschaft. Der Ku-Klux-Klan ist eine fanatische Sekte, deren Tätigkeit sich besonders gegen Juden, Katholiken und Ausländer im allgemeinen richten soll. Diese sollen sie ohne Prozeß auf das grausamste behandeln und schließlich umbringen.

Amliche Devisenkurse.

	17. September		14. September	
	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Silber) Kurs	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Silber) Kurs
1 holländ. Gulden	51870000	52180000	55511000	55689000
1 argent. Pap. Peso	42822500	48107500	29826500	29478500
1 belgischer Franc	6294250	6313750	4909200	4880800
1 normw. Franc	21147000	21239000	14568500	14686500
1 holländ. Franc	28740500	28858500	18850000	18441000
1 schwedische Krone	35112000	35281000	26940000	24000000
1 finnische Mark	—	—	2984000	2406000
1 japanischer Yen	94289000	94501000	48801250	48008750
1 italienische Lire	8785500	8814500	6070050	6080950
1 Pfund Sterling	598500000	601500000	40897800	41102900
1 Dollar	131899500	132330500	90174000	90626000
1 französische Franc	7581500	7619000	5290900	5283100
1 brasilian. Milreis	12907500	13033500	8077500	9022500
1 Schweizer Franc	23541000	23669000	15900000	16040000
1 spanische Pesta	1755500	17644500	11070000	12080000
100 österr. Kr. (gef.)	—	—	127850	128320
1 schwedische Krone	—	—	2608250	2706750
1 ungarische Krone	—	—	4788	4812
1 bulgarische Lewa	—	—	897750	902250
1 jugoslaw. Dinar	—	—	—	—

Der leere Tunnel.

Seitdem aus der einst so stolzen Großen Berliner Straßenbahn die kleine Berliner geworden ist, hat nun auch der Tunnel unter den Linden Bedeutung und Berechtigung verloren. Er sieht leer und langweilig sich. Man erinnert sich so wohl, wie und warum es gekommen ist, daß die Stadt Berlin einst dieses sehr kostspielige Bauwerk errichten mußte. Wilhelm II., großer Mann von Gottes Gnaden, dem sonst Pläne und Ideen, je überspannter sie waren, desto besser gefielen, wollte nicht, daß die Straße unter den Linden von den Drähten der Straßenbahn überspannt wurde. Berühmt durch seine Randbemerkungen, schrieb er an den Rand des Schriftstückes, durch das die damals notwendige Erlaubnis des Landesherren für die Verlegung mehrerer Straßenbahnlinien über die Linden gefordert wurde: „Nicht darüber weg, unten durch!“ Angekündigt wurde dieser kategorische Imperativ des Allerhöchsten Herrn ausgesprochen, weil durch die Stromleitungsdrähte die Straße unter den Linden verschandelt wurde, in Wahrheit aber handelte es sich um nichts anderes, als darum, Berlin zu prächtieren, was Wilhelm II. nur zu gern tat. Die immer — der Herrschat besah, und Berlin mußte gehorchen, tief in den Sattel greifen und den Tunnel bauen lassen. Heute zwingt die große Rat die Stadt Berlin, einen Teil der Straßenbahnlinien stillzulegen und damit auch den Tunnel unbenutzt zu lassen. Ein rechtschreibendes Berliner Blatt hat nun unangenehm an sich gewiß traurige Tatsache glossiert und kommentiert, und der Kritiker glaubte sehr wichtig zu sein, wenn er der Stadt Berlin allerhand schöne Verwendungsmöglichkeiten für den unbenutzten Tunnel vorschlug: zu Wohnzwecken, für Errichtung eines Kinos für Ombdtsche, für Ausgestaltung zu einem Schlemmerrestaurant oder zur Verwendung für ein unterirdisches Kino.

Diese Vorschläge sind billig wie die Brombeeren, sind ebenso banal und billig wie die Proteste, die die Reichsparteien immer gegen die Politik des Magistrats von Berlin vorbringen. Sie wissen doch nur zu gut und genau, daß die verhängnisvolle Politik Wilhelms II. und der unglückliche Krieg, den sie auf dem Gewissen haben, an dem Finanzeland Berlins die größte Schuld tragen.

Unaufgeklärte Bluttaten.

Eine Belohnung von über 1 1/2 Milliarden Mark.

Nach dem Ergebnis der Ermittlungen der Nordkommission zur Aufklärung des Mordes an dem Direktor Kreißig im Zuge Frankfurt-Berlin ist anzunehmen, daß der Täter vielleicht zwei bis drei Stationen vor Großbeeren auf den aus einer Station ansahenden Zug während der Fahrt aufgestiegen ist und sich dann im Bremserhäuschen aufgehalten hat. Die Beise war er nach der Seite hinaus, auf der bald der Gegenzug von Berlin kommen mußte. Ohne Zweifel rechnete er damit, daß dieser die Beise überfahren würde. So hätte man auf den Gedanken eines Unfalls oder gar eines Selbstmordes kommen können. Der Verbrecher muß kurz vor Großbeeren den Zug verlassen haben. Die Veranlassung des „Mordes“ vom Bremserhäuschen als Mordwerkzeug und das sichere Umhergehen auf dem Trepptritt deuten darauf hin, daß der Täter wohl irgendwie mittelbar oder unmittelbar Beziehungen zur Eisenbahn gehabt hat. Das von Blut besudelte Handbuch, das man im Weiler fand, ist E. A. gezeichnet gewesen. Das B ist noch vorhanden. Daß der Buchstabe vorher ein E gewesen sein muß, das ausgetrennt worden ist, ist deutlich zu erkennen. Woher stammt dieses Handbuch? Die geräubte Uhr ist M. K. gezeichnet. Vermutlich wird der Mörder versuchen, sie zu Geld zu machen. Wer nach irgendeiner Richtung zur Aufklärung des Verbrechens beitragen kann, wird ersucht, sich umgehend bei den Kriminalkommissaren Dr. Kiekmann und Dräger im Zimmer 83 des Polizeipräsidiums, Hausnummer 406 und 582, zu melden. Tragt der außerordentlich hohen wertbeständigen Belohnung von einer Million bis 1 1/2 Milliarden sind der Nordkommission immer noch keine Mitteilungen aus dem Publikum zugegangen.

Der Lustmord in der Umlandstraße ist auch immer noch nicht aufgeklärt. Es hat sich noch niemand gefunden, der gesehen hätte, daß die kleine Ingeborg Bartlowski nach der Heimkehr aus der Schule und der Umkehr von der Wohnung noch einmal das Haus verlassen hat und mit jemandem vor draußen zurückgekehrt ist. Auch der Lumpensammler, der in dem Hause von Wohnung zu Wohnung gegangen ist und vielleicht wesentliche Belegungen machen kann, hat sich immer noch nicht gemeldet.

Auch das Verbrechen an dem Drohlfenklutcher Wilhelm Groth in der Reichstraße ist noch ganz dunkel. Niemand weiß bisher, wo der Mann seine Todesjahre angeht, wohin sie gegangen ist und was seine Fahrgäste waren.

Ein Ausflugssonntag.

In der Nacht von Sonnabend zum Sonntag hatte es geregnet. Der Sonntag vormittag war in heuchtem Grau hingegangen, bis sich gegen Mittag die Sonne freigeht durchgesetzt hatte. Und dann konnte Berlins Bevölkerung kein Halten mehr. Man wollte noch ein bißchen Sommerwärmchen — bitte sehr, der Sommer dauert kalendermäßig bis zum 23. September — mitnehmen und außerdem auch noch die „billigen“ Fahrpreise. So mißte sich denn am Nachmittag auf der Eisenbahn ein außergewöhnlich großer Verkehr ab. Die nach Berlin heimkehrendenzüge waren vollbesetzt. Die Vorreize waren überfüllt. Um noch längerem, oft stundenlangem Warten mitzukommen, setzten die jüngeren Fahrgäste unbedenklich um Sitzen und Stehen wieder einmal in die Bremserhäuschen, auf die Puffer und Köcher der vollgepackten Wagen. Das Gedränge beim Ein- und Aussteigen war lebensgefährlich. Kinder suchten ihre Eltern und diese ihre Angehörigen. Am tollsten ging es auf den Umlandbahnstationen zu. Sobald ein Zug eintraf, wurde er förmlich gefürmt. Die Beamten waren machtlos. Die Warte sollen gestern auf ihre Kosten gekommen sein. Für eine Tasse Kaffee wurden mit Kuchen und Trübsand bis zu sechs Millionen Mark verlangt und — bezahlt. Familien zählten an einer Stelle 30 bis 100 Millionen Mark für Verpflegung. Rechnet man hinzu die Ausgaben für Eisenbahn- und Straßenbahnfahrten, dann kann man sich ungefähr einen Begriff von dem Umsatz machen.

Zeit drei Monaten spurlos verschwunden.

Von einem Mädchenhändler verschleppt ist allem Anschein nach eine 19 Jahre alte Lotte Erna aus Treptow a. d. L., das einzige Kind ihrer Eltern. Bei einem Besuche Berlins im Frühjahr d. J. lernte das hübsche Mädchen einen angeblichen Amerikaner Bernhard Gomoll kennen, der damals etwa vier Monate lang bei dem Schneidermeister Thörmann in der Kochstraße 73 wohnte. „Gomoll“, ein „smarter Amerikaner“, der über reiches Geld verfügt, zeigte dem harmlosen Mädchen aus der Provinz Heiratsabsichten vor, und fuhr auch mit ihm zu den Eltern nach Treptow. Dort fand die Verlobung statt. Der Bräutigam fuhr dann nach Berlin zurück, während die Braut bei den Eltern blieb, um die Vorbereitungen zur Hochzeit zu treffen. Am 6. Juni erhielt sie von Gomoll einen Brief, in dem er sie bat, nach Berlin zu kommen, um Einkäufe zu machen, und auch ihre Reiseauspässe für das amerikanische Konsulat mitzubringen, weil bald nach der Hochzeit die Heiratsreise nach Amerika stattfinden sollte. Fräulein Erna fuhr auch mit allem Erforderlichen ab, wollte schon am nächsten Tage zu den Eltern zurückkehren, ließ aber nichts mehr von sich hören und ist seitdem spurlos verschwunden. — Ebenfalls wie Gomoll. Sie ist wahrscheinlich einem Schwindler ins Darn gegangen, der sie unter irgendwelchen Verpflegungen zu unkontrollierten Zwecken verschleppt hat. Die Eltern wandten sich an die Vermittlungszentrale des Polizeipräsidiums, deren Nachforschungen aber erfolglos blieben. Für die Eltern des jungen Mädchens, die sich über das Gick ihrer

Lochter schon gefreut hatten, ist das spurlose und rätselhafte Verschwinden der hübschen Tochter ein schwerer Schlag. Mitteilungen über den Verbleib des genannten Paars nimmt Kriminalkommissar Johannes Müller im Polizeidienstgebäude in der Magazinstraße entgegen.

Die Berechnung des Gaspreises.

Wertbeständigkeit auch bei den städtischen Tarifen.

Aus der Stadtverordnetenversammlung war die Forderung erhoben worden, für die städtischen Werke wertbeständige Tarife zu erheben, um die Gas- und Elektrizitätswerte vor dem Schicksal der finanziell zusammengebrochenen Straßenbahn zu bewahren. Der Magistrat hat sich zusammen mit der zuständigen Deputation sehr ernsthaft mit dieser Frage beschäftigt und ist zu der Ansicht gekommen, daß ebenso wie die Privatwirtschaft, auch die städtischen Produktionsstätten dazu übergehen müssen, wertbeständige Preise zu nehmen, wenn sie in der Lage sein wollen, ihren Verpflichtungen den Kohlengruben und den Kartellen gegenüber nachzukommen, von deren Lieferung sie abhängig sind.

Die Jechen berechnen wie bekannt die Kohlenpreise nur noch nach Goldmark. So verlangen die rheinisch-westfälischen Gruben jetzt für die Tonne Gasfahle 28,08 Goldmark und die polnischen Gruben, die die Berliner Werksbetriebe in hervorragender Weise beliefern, rechnen sogar entsprechend dem Stande der Mark noch höhere Preise. So sah sich die Direktion der Gaswerke genötigt, zu einem anderen Rechnungssystem überzugehen, nach dem auf Wunsch der Stadtverordneten allwöchentlich der Gaspreis festgesetzt werden sollte. Im Frieden betragen die Kosten für 1000 Kubikmeter produziertes Gas im Jahre 1911 66,16, 1912 93,79, 1913 92,36 und 1914 104,38 M. Rechnet man diese Beträge zusammen, so ergibt sich ein Preis von 366,63 M. Um nun die Durchschnittskosten für einen Kubikmeter Gas zu ermitteln, muß diese Summe durch 4000 (Kubikmeter) geteilt werden und es ergibt sich dann ein Durchschnittspreis von 0,091 M. Zu diesen Selbstkosten kamen die Verwaltungsstellen usw., so daß im Frieden ein Kubikmeter Gas für 12 Pfennig abzugeben werden konnte. Die Durchschnittskosten für eine Tonne Kohle haben vor dem Kriege betragen: 17,50 M. im Jahre 1911, 17,25 M. im Jahre 1912, 20,81 M. im Jahre 1913 und 19,77 M. im Jahre 1914. Der Kohlengrundpreis betrug also rund 20 M. pro Tonne. Um nun eine Rezhohl für die jetzige Berechnung des Gaspreises zu schaffen, hat die Direktion der Gaswerke, allerdings erst nach langen harten Kämpfen sich entschlossen, einen Friedenspreis nicht von 12 Pfennigen, sondern nur von 10 Pfennigen anzunehmen, selbst also die Selbstkosten erheblich heruntergesetzt. Sie ermittelt nun die Rezhohl, indem sie den gegenwärtigen Kohlenpreis von 680 Millionen für die Tonne durch 20 (den Friedenspreis) teilt, und erhält so die Zahl 34 Millionen. Diese Zahl wiederum wird mit 0,10 M. (dem Gasgrundpreis) multipliziert und so ergibt sich, daß bei dem genannten Kohlenpreis in dieser Woche ein Kubikmeter Gas 3,4 Millionen Mark kosten muß, um die eigenen Ausgaben der Werke zu decken.

Theaterzusammenbruch. Die Sommerdirektion Joseph Snaga u. Fritz Hundt, die im Neuen Theater am Zoo das Singpiel „Der Selbsttöchter des Ardicurus Rex“ von Snaga zur Aufführung brachte, ist finanziell zusammengebrochen. Orchester, darstellendes und technisches Personal haben eine Forderung rückständiger Wagen von mehr als eine Million. Der Wägenfundus ist anderweitig veräußert mit Verlust belegt worden. Die Direktion hat es bis zuletzt verümt, den Mitgliedern über den Stand des Unternehmens Mitteilung zu machen. Sie hat ihnen vielmehr Engagements für die Winterperiode mündlich und durch Anschlag zugesichert. Der Mitdirektor Snaga, der Bureauvorsteher Fritz Hundt, besitzt weder Konzeption noch ein Theater, und hat schon vor zwei Jahren den sich reden gemacht, als unter seiner Leitung die Sommerpielzeit im Wallner-Theater ebenfalls finanziell zusammenbrach.

Auf der Landstraße überfallen, niedergebunden und ausgeplündert wurde am Sonntagabend der Schweizer Paul Bachs vom Gut Hochschloß bei Berlin. Der 22 Jahre alte Weiler besand sich gegen 10 Uhr abends auf dem Wege von Bach nach Schönerlinde. Auf offener Chaussee wurde er von drei Kadiabren gestellt, die ihn aufforderten, sein ganzes Bargeld und seine Wertgegenstände herauszugeben. Als er deren Forderungen nicht sofort ausübte, schlugen sie auf ihn ein, bis er befinnungslos zusammenbrach. Dann raubten sie ihm die Barchaft, 42 Millionen Mark und die silberne Armbrust. Mit ihrer Beute suchten sie sodann auf ihren Rädern das Weite. Erst in der Nacht gegen 2 Uhr wurde der Bewußtlose auf der Chaussee von anderen Passanten aufgefunden und dem Gefängnisheim Bach zugeführt.

Zwei Kirchenglocken gestohlen. Metallkliebe haben in den letzten Wochen der Firma Hacksberg auf dem Lehrter Güterbahnhof 2 Kirchenglocken aus Bronze, die über 20 Millionen wert sind. Beide sind 25—30 Zentimeter hoch und 20—25 Zentimeter breit. Sie wogen je 25 bis 30 Pfund. Die eine hat eine russische Inschrift, die andere ist ganz glatt. Der Verkauf wird gemauert. Für die Ergründung der Täter und die Wiederbeschaffung der Glocken ist eine Belohnung von einer Million ausgesetzt.

Der Ankauf von Reichsübermünzen durch die Reichsbankanstalten findet vom 17. d. M. ab bis auf weiteres zum 5 500 000fachen Betrage des Nennwertes statt.

Die Vereinigten Laubentkollisten von Reinickendorf-Ost hatten zum Sonntag, den 9. September, eine Anzahl alter Leute eingeladen, um sie mit Gemüse, Kartoffeln und anderen Erzeugnissen der Laubentkollisten zu beschenken. Bei musikalischen Darbietungen und Kaffee und Kuchen — die Männer erhielten noch jeder ein Glas Bier und eine Zigarre — wurden einige Stunden verplaudert. Zum Schluß gab man den alten Männern und Frauen noch pro Person eine Million Mark. Den Spendern wurde seitens der Beschenkten herzlich gedankt. — Der Pfanzereier „Am Brocken“ in der Wallerstraße hat an 20 Arme des Beddingens eine Verteilung von selbstgezeugenen Gartenprodukten, Lebensmitteln, Brotkröten und Holz vorgenommen, so daß der einzelne bis zu einem halben Zentner mit nach Hause nehmen konnte. Die Frauen der Stieber bewirteten die Armen mit Kaffee und Kuchen.

Hebräische Kartoffelkliebe. Am Sonntagabend sammelte sich in der Nähe der Kartoffelfelder an der Dientenader Chaussee eine große Anzahl von Personen, in der Absicht, sich Kartoffeln auszugraben. Sechs Beamte der Schutzpolizei in Tempelhof, die dorthin entsandt wurden, zerstreuten die Ansammlung, so daß es nicht zur Plünderung kommen konnte.

Im Segelboot über den Ozean. Die Pariser Blätter sind voll von Notungen über die Glanzleistung eines französischen Tennispielers Gerbaud. Er hat in einem kleinen Segelboot, das 9,15 Meter lang ist und 10 Tonnen verdrängt, in 142 Tagen die Strecke Gibraltar—New York durchfahren.

Gemeinschaft proletarischer Freiheiten. Gruppe Wedding Montag, den 17. September 1923, pünktlich abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung in der Schule Neuhagenstraße 67. Jedermann willkommen.

Kräftiger Arbeiter-Bund. Ortsgruppe Berlin, eröffnet demnächst neue Kurse zur Erlernung der Heilgymnastik. Montag, 17. Sept., abends 7 1/2 Uhr, im Hotel, Schule Winterfeldstr. 16, Mittwoch, 19. Sept., abends 7 1/2 Uhr, im Hotel, Schule Strohmännchen, Freitag, 21. Sept., in der Sophienstraße, Weinmeisterstr. 16. Anmeldungen in der Kurulstraße.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst heiter, am Tage wärmer bei mäßigen städtischen Winden, nachher neue Krabung und etwas Regen.

